

Antrag Nr. 15-F-33-0044

CDU, SPD

Betreff:

TTIP, CETA, TISA - kommunale Daseinsvorsorge schützen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 11.05.2015 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 0246 vom 17. Juli 2014 der Magistrat gebeten wurde, „nach Vorlage von konkreten Verhandlungsergebnissen zu berichten, ob und wenn ja welche konkreten Auswirkungen von TTIP auf die kommunale Selbstverwaltung ausgehen könnten, vor allem in“ neun Bereichen, die im Beschluss einzeln aufgeführt wurden;
2. diese Beschlussfassung nach wie vor gültig ist, sodass die Thematik zum richtigen Zeitpunkt wiederaufgerufen werden wird;
3. dass dankenswerterweise beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein TTIP-Beirat eingerichtet wurde, in dem auch der Präsident des Deutschen Städtetages vertreten ist und der sich in seiner fünften Sitzung am 19. Februar 2015 mit Öffentlicher Daseinsvorsorge beschäftigt und zwei Positionspapiere hierzu veröffentlicht hat;
4. sich die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 20. November 2014 aus Anlass zweier Anträge (14-F-03-0113 bzw. 14-F-08-0063) erneut mit der Thematik befasst hat und den zuständigen Fachausschuss mit der weiteren Beratung beauftragt hat;

dass der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung mit Beschluss Nr. 0440 vom 10. Dezember 2014 **einmütig** beschlossen hat, „das gemeinsame Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes Kommunaler Unternehmen vom Oktober 2014“ zu unterstützen.

Wiesbaden, 12.05.2015

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Christoph Manjura
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)

Markus Seidel
Fraktionsreferent

Dennis Volk-Borowski
Fraktionsgeschäftsführer